

Liebe Leserinnen und Leser,
hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 10.4.2011.

Im Rahmen der Anerkennung der Tagesordnung beantragte die SPD, die in der vorigen Ratssitzung aus Zeitgründen nicht mehr behandelten politischen Anträge unmittelbar nach den Anfragen zu beraten. Dies wurde von CDU, FDP und freien Wählern abgelehnt. Die SPD zog ihren Antrag „Lärmarmes Düsseldorf: Errichtung plankonformer Lärmschutzanlagen an der Fleher Brücke“ zurück, nachdem die Landesregierung zugesagt hatte, dass der Lärmschutzwall durch das Land erhöht wird.

Aktuelle Anfragen

Die freien Wähler fragen nach den Konsequenzen der drohenden **Insolvenz der Firma Teldafax**. Betroffen sind 1700 Strom- und 300 Gaskunden. Aufgrund der Regelungen des Energiewirtschaftsgesetzes erhalten sie im Falle der Insolvenz für 3 Monate eine Ersatzversorgung durch die Stadtwerke. Sollten sie sich keinen anderen Energielieferanten suchen, fallen diese Kunden in die Grundversorgung der Stadtwerke.

Aufgrund einer Anfrage der CDU zur **Einhaltung des Feiertagsgesetzes – Karfreitagsruhe** erläuterte die Verwaltung zunächst die gesetzlichen Grundlagen. Von Gründonnerstag 18 Uhr an sind öffentliche Tanzveranstaltungen verboten, während der Hauptzeit der Gottesdienste sind am Karfreitag auch Veranstaltungen mit ernstem Charakter verboten. Die Verwaltung hat Ende März die Veranstaltungshäuser und Gaststätten hinsichtlich angekündigter Veranstaltungen überprüft und schriftlich über die gesetzlichen Regelungen informiert. Bei 90 Überprüfungen wurden 2010 einzelne Verstöße festgestellt, die behoben oder geahndet wurden. Die Bezirksregierung hat für die Feier des persischen Neujahrsfestes in der Nachtresi von Donnerstag bis Freitag 3 Uhr sowie eine Flamenco-Aufführung im Tanzhaus am Karfreitagabend Ausnahmegenehmigungen erteilt.

BÜ 90 nahm Bezug auf einen Eilbeschluss des Oberverwaltungsgerichts Münster, das die Umwandlungen von Gaststätten in **Raucherclubs** als unzulässige Umgehung des Rauchverbots verboten hat. Die Verwaltung geht davon aus, dass für die größte Zahl der Raucherclubs nun ein generelles Rauchverbot gilt. Sie begrüßt, dass die Überprüfung der Betriebe erleichtert wird. Zur Umsetzung sind Informationen über die IHK und den Hotel- und Gaststättenverband vorgesehen. Die Verwaltung wird das Rauchverbot weiterhin routinemäßig überwachen und konkreten Anzeigen nachgehen.

Aufgrund einer Anfrage der SPD zur Nicht-Teilnahme der Verwaltung an Sitzungen des **Anregungs- und Beschwerdeausschusses** erklärte der Oberbürgermeister, dass er die Vorfälle zutiefst bedauert, und entschuldigte das Versehen. Er hält den Anregungs- und Beschwerdeausschuss für wichtig und eher zu stärken als zu schwächen und sagte zu, dass nicht vorgesehen ist, die Verwaltung aus Gremien zurückzuziehen.

Anfragen

CDU und FDP fragten nach der Entwicklung der **Jugendarbeitslosigkeit**. Die Verwaltung teilte mit, dass sich die Jugendarbeitslosigkeit von 2009 von 7,3 % auf 6,1 % in 2011 reduzierte. Der Anteil der unter 25-Jährigen an den Arbeitslosen reduzierte sich von 6,1 % (2009) auf 5,5 % (2011). Die Verwaltung erläuterte die Arbeit des Jugendjobcenters +, in dem Berufsberatung, Integrationsteams für unter 25-Jährige, Beratungsstellen des Jugendamtes, Berufsinformationszentrum sowie medizinische und psychologische Dienste unter einem Dach organisiert sind. Durch diese Kooperation wurden Ressourcen gebündelt und Bedarfe in den Mittelpunkt gestellt.

Aufgrund einer Anfrage von BÜ 90 zu **den Kosten der Verkehrsanlagen** Kö-Bogen erläuterte die Verwaltung dass bei Aufstellung des Bebauungsplans Kostenannahmen zu Grunde gelegt wurden, die dann fortgeschrieben und im Ausführungs- und Baubeschluss am 25.3.2010 konkretisiert wurden. Vorabmaßnahmen des 2. Bauabschnittes sind Bestandteil des 1. Bauabschnittes. Zur Zeit wird der Ausführung- und Finanzierungsbe-

schluss für den 2. Bauabschnitt vorbereitet. Die Kosten für die Unterhaltung des Tunnels werden ab 2013 im Haushalt berücksichtigt.

Aufgrund einer Anfrage von BÜ 90 zum **Rheinbahngelände in Oberkassel** führte die Verwaltung aus, dass in einem Gespräch zwischen dem Vorstandsvorsitzenden der Rheinbahn, dem Oberbürgermeister und dem Planungsdezernenten verabredet wurde, dass die Ausschreibung des Grundstücks ausgesetzt wird und das Planungsdezernat planungsrechtlich überprüft, ob die Integration eines Schwimmbades, der Bezirksverwaltungsstelle und die Erhöhung des Wohnanteils möglich ist. Bis Ende Mai d. J. soll eine Studie erstellt werden zur wohnwirtschaftlichen Verwertung des Grundstücks Lütticher Straße, auf dem das abzureißende Schwimmbad steht. Die finanzwirtschaftlichen Betrachtungen sind zusammenzuführen. Die Verwaltung betonte, dass das Verfahren kein Präjudiz für den Ankauf des Grundstücks oder die Unterbringung von städtischen Einrichtungen ist. Im Zuge der Nachfragen teilte der Oberbürgermeister mit, dass das Ziel ist, soviel Wohnen wie möglich auszuweisen. Die Anregung der SPD, auch Räumlichkeiten für Vereine vorzusehen, will er mit aufnehmen, wies aber auf die Finanzierbarkeit hin.

Bericht aus der Kleinen Kommission Kö-Bogen

Die Verwaltung berichtete, dass Termine und Kosten im Rahmen sind. Bisherige Vergaben konnten unterhalb der Kostenberechnungen realisiert werden. Es wurden die Freiraumgestaltung, die von der AGD vorgestellten Alternativen und der erwartete Fund eines 25 m großen Teilstückes der Stadtmauer beraten.

Bericht vom Eurovision Song Contest

Der Oberbürgermeister berichtete, dass in 2 Wochen die Delegationen anreisen. In der Stadt wird zunehmend auf den ESC hingewiesen durch Plakate, Bahnen und Busse, am Flughafen, in Gaststätten und Hotels. Das Festival-Programm wurde fertiggestellt und den Fraktionen im Detail vorgestellt. Der Oberbürgermeister wies auf die breite Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger hin. Für die Shows in der Arena wurden 80.000 Karten verkauft, in Oslo waren es 58.000. Die Finanzen bewegen sich im Rahmen der Kalkulation.

Bericht aus der Kleinen Kommission Wehrhahnlinie

Die Verwaltung berichtete über 24 EU-weite und 35 nationale Ausschreibungen, die Tunneltaufe am Corneliusplatz und den Aushub der Bahnhöfe am Kirchplatz und Graf-Adolf-Platz. Die Baumaßnahmen liegen im Zeitplan. Die Kostenhochrechnung geht im Süd-Ost-Ast von 6,99 % und bei der Kaufhof-Unterführung von 4,32 % Steigerung aus.

Anträge der Fraktionen

Die SPD hatte schon zur Sitzung im März einen Antrag „**Masterplan preiswertes Wohnen**“ eingebracht. Hierbei sollten zahlreiche Aspekte und Möglichkeiten geprüft werden mit dem Ziel, preiswerte Wohnungen neu zu bauen, den Bestand zu sichern und vorhandene Gewerbeimmobilien zu Wohnraum umnutzen. CDU und FDP hatten kurz vor der heutigen Ratssitzung einen eigenen Antrag eingereicht, durch den ein „Handlungskonzept Wohnungsbau“ erstellt werden soll. Bei Anerkennung der Tagesordnung beanstandete die SPD, dass dies keine Änderung oder Ergänzung des auf der Tagesordnung stehenden SPD-Antrages ist mit dem Ergebnis, dass der CDU-Fraktionsvorsitzende den Antrag zurückzog und ankündigte, heute eine Debatte über den SPD-Antrag zu verweigern. Die SPD verzichtete auf die Abstimmung des eigenen Antrags und kündigte eine Neueinreichung zur nächsten Sitzung an.

Der Antrag der SPD-Fraktion, die Verwaltung zu bitten, den Eltern, die eine **inklusive Beschulung** ihrer Kinder wünschen, eine gezielte und die Schullaufbahn begleitende Beratung anzubieten, wurde von CDU, FDP und freien Wählern abgelehnt. Man wolle zunächst die weiteren Schritte des Landes abwarten.

Mit den Stimmen von CDU, FDP, SPD, BÜ 90 und freien Wählern wurde ein Antrag von CDU und FDP beschlossen, durch den die Verwaltung beauftragt wird, einen Runden Tisch mit Vertretern der Verwaltung, der Politik, des Einzelhandelsverbandes zu veranstalten mit dem Ziel, die Öffnung von **Verkaufsstellen an Sonntagnachmittagen** zeitlich zu synchronisieren, um so die Anzahl der verkaufsoffenen Sonntage zu reduzieren. Mit auf-

genommen wurde aus einen Ergänzungsantrag der SPD, dass Vertreter der beiden christlichen Kirchen und der Ver.di zum runden Tisch eingeladen werden und Anlass und Zahl der Öffnungen synchronisiert werden.

Der Antrag von BÜ 90, das **Konzept zur Diamorphinvergabe** innerhalb der nächsten 4 Wochen vorzulegen und das Für und Wider der geprüften Standorte darzulegen, wurde in die Lenkungsgruppe des Ausschusses für Gesundheit und Soziales überwiesen.

Der Antrag von BÜ 90, die Verwaltung zu beauftragen, künftig im Bereich der **Stadtplanung zur Sicherung von günstigem Wohnraum** Maßnahmen zur sozialen Wohnraumförderung mit einzubeziehen, wurde von CDU, FDP und freien Wählern abgelehnt. Es sollten Grundsätze zur Umsetzung einer sozialorientierten Bodennutzung erarbeitet werden.

Weil in diesem Jahr 290 Kinder keinen Platz an einer Gesamtschule erhalten haben, beantragten SPD und BÜ 90, Vorschläge zu erarbeiten, wie sich in absehbarer Zeit eine **Schule für einen Ganztagsbetrieb zum längeren gemeinsamen Lernen** realisieren lässt, die auch Raum für die Umsetzung des inklusiven Unterrichts bietet. Der Antrag wurde von CDU, FDP und freien Wählern abgelehnt, Enthaltung Linksfraktion und Laubenburg.

Personalien

Der Rat

- nahm Umbesetzungen in den Gremien der Stiftung zur Erlangung der Hochschulreife für Handwerker, Facharbeiter und andere Berufstätige mit abgeschlossener Ausbildung e.V. vor. Die SPD wird im Kuratorium durch Claudia Bednarski vertreten;
- nahm Umbesetzungen von Mitgliedern der Linksfraktion und von BÜ 90 im Kreispolizeibeirat vor;
- wählte als Vertreter des Naturschutzbundes Rolf Awarter zum stellvertretenden Mitglied in den Beirat der Unteren Landschaftsbehörde;
- bestellte Ratsherrn Laubenburg zum beratenden Mitglied im Ausschuss für Gesundheit- und Soziales.

Alle Beschlüsse wurden einstimmig gefasst.

Verwaltungsvorlagen

Der Rat beschloss bei Enthaltung der Linksfraktion und Laubenburg neue **Richtlinien zum Erwerb von Belegungs- und Mietpreisbindungen**. Es wird ein Zuschuss in Höhe von 2 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche gewährt, der kapitalisiert wird für die Dauer der Einräumung des 15-jährigen Belegungsrechts. Das Programm hilft, Wohnungsnotfälle zu versorgen.

Der Rat genehmigte gegen SPD, BÜ 90; Linksfraktion, Laubenberg und eine CDU-Ratsfrau 16 **verkaufsoffene Sonntagnachmittage** im Jahre 2011, wobei die Obergrenze von vier Sonntagsfreigaben pro Jahr in keinem Stadtteil überschritten wird. Keine Mehrheit fand der Antrag der Linken, Sonntagsöffnungen abzulehnen und sich der Grundsatzserklärung der „Allianz für den freien Sonntag“ anzuschließen.

Einstimmig beschloss der Rat die Einrichtung einer **„Fachschule für Wirtschaft – Fachrichtung Betriebswirtschaft mit dem Schwerpunkt Handelsmanagement“** als Schulversuch am Berufskolleg Bachstraße zum 1.2.2012. Der Studiengang führt nach sechs Semestern zum Abschluss „Staatlich geprüfte/r Betriebswirt/in mit dem Schwerpunkt Handelsmanagement“. Optional können Zusatzqualifikationen wie Fachhochschulreife, Handelsfachwirt/in (IHK) und Ausbildereignungsschein (IHK) erreicht werden. Das Studium findet berufsbegleitend, überwiegend in den Abendstunden statt. Zunächst wird der Studiengang einzügig eingerichtet mit Option auf Zweizügigkeit.

Der Rat beschloss bei Enthaltung von SPD, BÜ 90, Linken und Laubenburg **Änderungen des Public Corporate Governance Kodex** für die Beteiligungsrichtlinien. Ergänzt wurde, dass bei der Entsendung in die Gremien eine angemessene Berücksichtigung von Frauen anzustreben ist. Der Antrag von SPD und BÜ 90, den Rat u verpflichten, eine Quo-

te von 40 % Frauen über alle Gremien anzustreben, wurde von CDU, FDP und Freien Wählern abgelehnt, Enthaltung Linksfraktion.

Der Rat nahm einstimmig die **Schenkung** von 60 Fotografien der Künstlerin Tata Ronkholz für das Stadtmuseum an.

Investitionen

Der Rat beauftragte die Verwaltung einstimmig mit der Planung und Kostenberechnung für das Projekt

- **Neubau einer Dreifachsporthalle einschl. der Räume für den Ganzttag am Lessinggymnasium, Ellerstr, 84-94** mit vorläufigen Gesamtkosten von 10,9 Mio Euro. Die am Schulstandort vorhandenen Sporthallen – eine Zweifach- und eine Einfachsporthalle- werden auch von der angrenzenden Katholischen Grundschule Höhestraße genutzt. Als überregionale NRW-Sportschule nimmt das Lessinggymnasium jetzt Sportstätten der Heinrich-Heine-Universität in Anspruch. Für die Mittagsverpflegung im Rahmen des Ganztagsbetriebs wird zur Zeit ein Containerprovisorium genutzt. Nun soll eine Dreifachsporthalle mit mobilen Tribünen mit bis zu 199 Sitzplätzen, leistungssportspezifischen Räumlichkeiten, Physiotherapie, Mensa und Aufenthaltsräumen für den Ganzttag entstehen. Die Einfachsporthalle wird abgebrochen, ebenso das Toilettengebäude der Grundschule, das in einer separaten Maßnahme an anderer Stelle zeitgleich errichtet wird. Der öffentliche Parkplatz an der Ellerstraße 112 mit 60 Stellplätzen entfällt ersatzlos. Es werden 36 Schulparkplätze neu angelegt, der Spielplatz auf dem Pausenhof der Grundschule wird verlegt. Es wird mit Fördermitteln des Landes in Höhe von maximal 5,4 Mio gerechnet. Baubeginn ist im 3./4. Quartal 2012, Fertigstellung im 2. Quartal 2014 vorgesehen.

Der Rat beschloss einstimmig die Ausführung und Finanzierung des Projektes

- **Dachsanierung und Erneuerung des Gewächshauses im Aquazoo** mit Kosten von 1,1 Mio Euro. Im Vorgriff auf die Sanierung des Aquazoo muss wegen der Dringlichkeit die Sanierung des Daches sowie des Gewächshauses auf dem Dach vorgezogen werden. Baubeginn ist im Juli 2011, Fertigstellung im November 2011 vorgesehen.

Baurecht

Der Rat beschloss

- die Änderung des Flächennutzungsplans sowie den Bebauungsplan **„Erweiterung Seestern II“ (Lörick)**. Auf dem 1,75 ha großen Plangebiet südlich der Oberlöricker Straße befanden sich 6 Tennisplätze und eine Tennishalle des Düsseldorfer Hockeyclubs, die auf benachbarte Flächen im Westen verlagert werden. Die frei werdende Fläche wird nun als Gewerbegebiet ausgewiesen. Dies ermöglicht, in zwei Bauabschnitten 33.000 qm Bruttogeschossfläche in 7-geschossiger Bebauung nebst einer Tiefgarage mit 850 Stellplätzen zu errichten. Im Gewerbegebiet wird die Ansiedlung von Tankstellen, Vergnügungsstätten und Einzelhandelsbetrieben ausgeschlossen (gegen BÜ 90, Laubenburg);
- den Bebauungsplan **„Südlich Greifweg“ (Oberkassel)**. Das bisher als Gewerbegebiet ausgewiesene, zum Teil aber schon als Wohnen genutzte Gelände wird nun als allgemeines Wohngebiet und Mischgebiet ausgewiesen. Von den an das allgemeine Wohngebiet angrenzenden Gewerbegebieten gehen keine schädlichen Auswirkungen aus. In den Mischgebieten sind Einzelhandelsbetriebe nur ausnahmsweise zugelassen, wenn keine Störungen durch hohe Verkehrsaufkommen verursacht werden. Die Wohngebäude sollen überwiegend 4 bis 5-geschossig, in einem Teilgebiet auch 8-geschossig errichtet werden. Im Mischgebiet wird der Bestand mit 4 bis 5-geschossiger Bebauung entlang der Schanzenstraße und des Greifweges festgeschrieben (einstimmig);
- einen Bebauungsplan in Derendorf, der das **„Münstercenter“** zwischen Ulmen-, Glocken- und Münsterstraße betrifft. Durch eine Ergänzung des derzeitigen Bebauungsplanes werden nun Vergnügungsstätten wie z.B. Spielhallen und Sexshops im von

- Leerstand betroffenen Münstercenter ausgeschossen (einstimmig);
- eine Veränderungssperre für das Gebiet zwischen dem Weg „Am Kehrbesen“, dem Buschgasser Weg, der Einbrunger Straße, dem Schwarzbach und dem Bergesweg **(Wittlaer)**. Für das Gebiet im Bereich der Graf-Recke-Stiftung wird zur Zeit ein Bebauungsplan entwickelt, der die geplante Neustrukturierung des Geländes planungsrechtlich sichern soll. Das Plangebiet umfasst auch eine inzwischen von der Stiftung veräußerte Fläche westlich des Bergesweges, für die eine Bauvoranfrage hinsichtlich der Ergänzung, Aufstockung und Nachverdichtung gestellt wurde. Im Bebauungsplan soll abgewogen werden, ob eine behutsame Nachverdichtung der Wohnbebauung oder eine Neubebauung mit Einfamilienhäusern erfolgt. Die am nördlichen Rand liegende landwirtschaftlich genutzte Fläche soll dauerhaft gesichert werden (einstimmig).

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer

**V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,
Email: helgaleibauer@arcor.de**